



## Haushaltsrede 2009

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor uns liegt der erste NKF-Haushalt dieser Stadt. Es geht um eine Umstellung der Buchführung, die von vielen Vorschüßlorbeeren, aber auch viel Kritik begleitet wurde. Wenn wir uns das Ergebnis ansehen, erkennen wir folgendes:

Das Ziel, die Haushalte der Kommunen untereinander vergleichbar zu machen, wurde völlig verfehlt. Die Bundesländer, die bisher NKF eingeführt haben, haben jeweils eigene Ansätze und Bewertungsrichtlinien, innerhalb von NRW gibt es keine vorgegebenen Produkte, so dass sogar hier Vergleiche nur bedingt möglich sind.

Zum ersten Mal hatte die Verwaltung hier die Möglichkeit, und aus unserer Sicht auch die Pflicht, Ziele für ihre Produkte zu definieren und diese vom Rat bestätigen zu lassen. Bei einigen Produkten, z. B. der Siegerlandhalle und der Bücherei, wurde dieses Problem vorbildlich gelöst.

Bei den Produkten, die die Aufgaben der Stadt als Schulträger betreffen, hat die Verwaltung konsequent keine Ziele benannt, das gleiche gilt für die Produkte Kreis-, Landes- und Bundesstraßen. Zum Thema „Öffentliche Grünflächen“ fällt der Verwaltung nur die Verkürzung der Bearbeitungszeit von Beschwerden ein.

Darüber hinaus lassen sich noch viele Beispiele für fehlende oder falsch definierte Ziele finden. Völlig unverständlich ist, dass unsere Vorstöße in den Ausschüssen, hier sinnvolle politisch definierte Ziele festzulegen, von allen anderen Fraktionen ignoriert wurden.

Ob NKF oder Kameralistik, ein Problem aber bleibt gleich: Die Stadt gibt mehr Geld aus, als sie einnimmt, und das schon seit vielen Jahren.

Ursachen hierfür kann man auf allen Ebenen suchen und finden:

Beim Bund, der ständig Änderungen am Steuerrecht zu Lasten der Kommunen durchführt, ohne für angemessenen Ausgleich zu sorgen; beim Land, das die Zuweisungen an die Kommunen immer mehr herunterfährt; beim Kreis, der seine Abschreibungen und die Millionenverluste des Siegerlandflughafens über die Kassenkredite der Kommunen finanziert.

All das ändert aber nichts daran, dass ein Teil der finanziellen Probleme der Stadt hausgemacht ist. Sie alle kennen die überflüssigen und schädlichen Projekte, die den Haushalt der Stadt belasten:

- Für die Vorbereitung des Baus des Siegbertgtunnels wurden bisher 1,7 Mio. Euro ausgegeben, obwohl dieser Tunnel nie gebaut werden wird.
- Für die Planung eines Industriegebiets auf dem jetzigen Naturschutzgebiet Trupbacher Heide hat die Stadt wider besseres Wissen hunderttausende Euro bezahlt.
- Schwerwiegende Folgen für die Finanzen der Stadt hatte die letzte Dezembersitzung des Rates: hier wurde der Bau eines völlig überflüssigen 2. Kreisels in der Ortsmitte Eiserfeld beschlossen: Mehrkosten

über 600 Tausend Euro. Das Apollo-Theater erweist sich auch nach Fertigstellung und Inbetriebnahme als Fass ohne Boden. So forderte der Trägerverein noch einen Nachschlag in Höhe von 600 Tausend Euro, der dann von einer Mehrheit des Rates durchgewinkt wurde. Im Ergebnis hat allein diese eine Ratssitzung den Etat des Jahres 2009 mit mehr als 1,2 Mio. € belastet. Inzwischen ist ja auch durchgesickert, dass bei dem Projekt Apollo noch weitere, erhebliche Forderungen im Raum stehen.

Sie alle wissen, dass sich diese Aufzählung finanzieller Fehlentscheidungen noch lange fortsetzen ließe.

Ich komme nun zur **Umwelt und Klimaschutzpolitik**

- ein Thema, dessen Abwesenheit uns in den letztjährigen Haushaltsreden der Kolleg/-innen von CDU, SPD und UWG aufgefallen ist, das aber auch mit keiner Silbe Eingang in die damalige Antrittsrede des Bürgermeisters und zu selten in seinen späteren Beiträge gefunden hat.

Symptomatisch für den Umgang dieser Verwaltung mit dem Thema ist, dass die im vorigen Jahr beschlossenen Stellen des Klimaschutzbeauftragten und des Energiebeauftragten - eine Stelle, die sich ja bekanntlich selbst finanziert - bis heute nicht besetzt sind. Bei Mehrstellen, die dem Bürgermeister wichtig sind, ist übrigens durchaus eine Besetzung innerhalb weniger Monate möglich.

Wir erkennen durchaus an, dass es der Stadt seit 1990 gelungen ist, ihren Kohlendioxidausstoß um 30 % zu reduzieren. Das ist sicher mehr, als die meisten von uns im privaten Bereich erreicht haben. Wir wissen aber auch, dass mit entsprechendem Einsatz viel mehr erreichbar gewesen wäre.

So liegen der Stadt seit Jahren Angebote seriöser Firmen vor, die Beleuchtung städtischer Schulen im Wege des Contracting zuzunehmen. Eine klassische Methode, von der alle profitieren: Die ausführenden Firmen, die Umwelt - hier geht es immerhin um Stromeinsparungen in der Größenordnung von 50% - und nicht zuletzt der städtische Haushalt. Gestoppt wurden diese Pläne übrigens ausgerechnet vom Kämmerer dieser Stadt!

Wir hoffen, dass es durch das Konjunkturpaket II weitere substantielle Fortschritte geben wird, von denen wir uns auch eine dauerhafte Entlastung des städtischen Haushalts durch eine Verringerung des Energiebedarfs versprechen. Um eine zügige Umsetzung dieser Maßnahmen zu ermöglichen, haben wir zum Stellenplan entsprechende Anträge gestellt.

Die Stadt ist zum naturnahen Umbau unserer Fließgewässer verpflichtet. Das ist keine Idee der GRÜNEN, sondern eine EU-Vorgabe. Die Wasserrahmenrichtlinie sieht hier bis 2015 erste Ergebnisse vor. Bisher sind in Siegen weder Finanzmittel bereit noch ausreichende Planungsgrundlagen für einen ökologischen Umbau unserer Flüsse erstellt worden. Hier werden wir noch ein finanzielles Desaster erleben, wenn nicht endlich Mittel eingeplant werden. In diesem Zusammenhang ist es wohl überflüssig zu erwähnen, dass die Verwaltung auch zum Produkt Wasserläufe keine Ziele hat.

In der **Schul- und Bildungspolitik** war das vergangene Jahr geprägt von zum Teil schwierigen Debatten um Schulschließungen und die Verteilung der Zügigkeiten bei den jeweiligen Schulen. Dabei geht es mehr um die Frage, ob man über die Festlegung der Zügigkeit den Elternwillen weiter einschränkt. Eine schwere Entscheidung, denn es gilt hier abzuwägen, ob man nachgefragte Schulen zugunsten der nicht so nachgefragten Schulen bevorzugt. Hier meinen wir GRÜNE, dass eine Steuerung über die Zügigkeit prinzipiell richtig sein kann, wenn nicht gleichzeitig dadurch spezifische Schul- und Betreuungsformen abgeschafft werden. Es bleibt aber festzuhalten, dass es die Landesregierung aus FDP und CDU ist, die durch die Auflösung der Schulbezirke diese Probleme erst geschaffen hat.

Ganz andere Sorgen haben unsere beiden Gesamtschulen. Sie sind nach wie vor sehr gut nachgefragt, können sogar jährlich Hunderte von Kindern nicht aufnehmen. Hier brauchen wir endlich eine dritte Gesamtschule. Wir dürfen nicht immer das hohe Lied der Bildungsoffensive oder des Elternwillens singen, aber die Gesamtschulplätze aus durchsichtigen ideologischen Gründen künstlich begrenzen.

Wir legen Ihnen heute gemeinsam mit SPD und UWG **Änderungsanträge zum Haushalt** vor. Ich möchte allerdings gleich in aller Deutlichkeit sagen: bei den vorbereitenden Gesprächen, die sehr konstruktiv verlaufen sind, ging es nicht um eine Koalition, Der Haushalt, den wir Ihnen heute vorlegen, ist kein grüner Haushalt, sondern der Minimalkonsens der beteiligten Fraktionen. Dabei sind die Änderungen und Weichenstellungen, auf die ich noch im einzelnen eingehen werde, für uns ausreichend, diesen veränderten Haushalt mitzutragen.

Sehr bedauerlich ist allerdings aus unserer Sicht, dass ein Konsens über dringend nötige Einsparungen im Haushalt nicht möglich war. Dabei liegen die überflüssigen Projekte auf der Hand. Ich nenne nur das Baugebiet Im Boden, das den städtischen Haushalt mit einer halben Million Euro belastet, oder den überflüssigen 2. Kreisel in Eiserfeld. Auch die Arbeiten zur Vorbereitung des NRW-Tages könnte man durchaus mit dem vorhandenen Personal durchführen.

Unsere gemeinsamen Anträge zur **Wohnungspolitik** sind aus unserer Sicht der Einstieg in einen Paradigmenwechsel in diesem Politikfeld. Wir gehen weg von der ungebremsten Entwicklung neuer Baugebieten auf der grünen Wiese hin zum Bauen und Wohnen im Bestand. Bei schrumpfender Einwohnerzahl und vielen leerstehenden Gebäude sind neue Konzepte gefragt. Einen Ansatz dazu, der sicher noch verfeinert werden muss, legen wir Ihnen hier vor. Aus unserer Sicht sind Programme für die energetische Sanierung der betroffenen Gebäude ein integraler Bestandteil eines solchen Konzeptes.

Beim Thema **Fahrradverkehr** versuchen wir einerseits den jahrelangen Stillstand im Radwegebau zu durchbrechen. Andererseits sehen wir uns gezwungen, Fehlleistungen der Verwaltung zu korrigieren. Die Frage, wie es möglich war, dass beim millionenschwerem Umbau der Siegerlandhalle die Zahl der dortigen Fahrradstellplätze auf Null reduziert wurde, und wer dafür die Verantwortung trägt, wird noch zu klären sein.

Daneben schlagen wir gemeinsam mit SPD und UWG ein Bündel von Maßnahmen im Sinne des **Klimaschutzes und der Lebensqualität in unserer Stadt** vor. Dazu gehören Verfügungsmittel für den Klimaschutzbeauftragten, die Reduzierung der Geschwindigkeiten in den Eingangsbereichen der ländlich geprägten Stadtteile und die Erhöhung der Mittel für die Dorferneuerung. Hier ist es leider nötig, einen Teil der weggefallenen Landesmittel aus dem städtischen Haushalt zu ersetzen

Aber auch in der **Jugend- und Bildungsarbeit** können wir mit unseren Haushaltsansätzen die in Teilbereichen vorhandene Stagnation überwinden. Ich nenne beispielhaft die Verbesserung der Förderung der zum Teil ehrenamtlichen Vereine und Verbände, aber auch die Unterstützung der interkulturellen Wochen.

Im **Stellenplan** lehnen wir die von der Verwaltung vorgeschlagene Höhergruppierung von 2 Fachbereichsleiterstellen ab. Sie ist bei beiden Stellen sachlich nicht gerechtfertigt. Sollte sie umgesetzt werden, kann die Folge nur ein allgemeiner Dambruch bei der Bezahlung aller Funktionsstellen mit den entsprechenden finanziellen Konsequenzen für den Haushalt sein.

Auch in unserer Region gibt es wachsenden **Rechtsextremismus, Rassismus und Ausgrenzung**, sowie Aufwind für die rechten Parteien. Dass wir hier eine Fachstelle für das Städtebündnis gegen Rassismus durchsetzen konnten, freut uns besonders. Bekenntnisse gegen die menschenverachtende Politik der Rassisten, wie sie neben vielen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden, auch die Parteien und der Bürgermeister im letzten Jahr angesichts des NPD Aufmarsches eindrucksvoll geliefert haben, sind in ihrer Einmütigkeit selten, aber wichtig. An dieser Stelle möchten wir gerade Bürgermeister Steffen Mues für seinen engagierten Beitrag am 16.12.2008 ausdrücklich danken. Es tut gut zu wissen, dass alle Ratsparteien und der Bürgermeister in dieser Frage in einem Boot sitzen und sich nicht auseinander dividieren lassen.

Wir meinen, dass es nun an der Zeit ist, auch hauptamtliche Strukturen aufzubauen und mit dem Beitritt zum Städtebündnis gegen Rassismus die Aktionsprogramme der UNESCO in Siegen umzusetzen. Dazu machen wir heute einen wichtigen Schritt

Als Fazit der heutigen Verabschiedung des Haushalts halten wir also fest, dass unsere Zusammenarbeit mit UWG und SPD wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung Siegens hin zu einer sozialen und ökologisch orientierten Stadt gebracht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich möchte zum Schluss noch eine Bemerkung zur anstehenden Kommunalwahl machen. Es ist sicher so, dass alle Parteien mit wohlfeilen Worten um die Gunst der Wähler werben. Dabei stehen nicht nur wichtige Einzelfragen zur Diskussion wie z.B. die Gewerbegebiete Oberschelden/Seelbach und Eisern, der Abriss der Siegplatte und die Verhinderung des Siegbergtunnels, sondern auch ganze Programmbündel gerade in den Bereichen Familie und Bildung. Oft steht der Wähler dann etwas ratlos vor den schön formulierten Sonntagsreden. Wir empfehlen allen Wählern sich deshalb genau anzusehen, was die Parteien tatsächlich in den vergangenen 5 Jahren vertreten haben, was verändert wurde und wo es nur Lippenbekenntnisse geblieben sind.

Eine letzte Bemerkung zum Thema **Finanzen**, auf das die CDU ja eben mit erhobenem Zeigefinger und einer großen Tüte Doppelmoral eingegangen ist. Geld, meine Damen und Herren der CDU, haben auch Sie im vergangenen Jahr ausgegeben und Sie werden dies auch künftig tun: Geld für Sonderwünsche des Apollo-Theaters, Geld für Stellen in der Verwaltung, Geld für den 2. Kreisel in Eisernfeld. Sie sehen also, wenn es Ihnen passt, nehmen auch Sie Geld in die Hand, nur wenn es nicht passt, beschwören Sie den Untergang des Abendlandes. Dabei sollte gerade die CDU sich in dieser Angelegenheit zurückhalten. Man denke nur an die aktive Geldverschwendung von 40 Millionen Euro zur Durchsetzung eines gesonderten Wahltermins zur Kommunalwahl.

Und genau hier liegt der Unterschied: Unsere heute vorgetragenen Anträge werden die Lebensqualität verbessern. Die zum Fenster hinaus geworfenen 40 Millionen nützen niemandem.

Aber trotz alledem: Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass auch in Zukunft eine gute Zusammenarbeit mit allen Fraktionen des Rates und mit der Verwaltung möglich sein wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
im Rat der Stadt Siegen  
Joachim Boller